

Laibacher Zeitung.

Nr. 223.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 29. September

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1871.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. September d. J. über Antrag des Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, dem k. und k. Consul in Constantinopel und Commerzkanzlei-Director bei der dortigen k. und k. Botschaft, Joseph Ritter v. Schwegeler den Titel und Charakter eines Generalconsuls mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Gymnasialprofessoren Ernst Sojef in Vinkovce und Alois Sieß in Marburg Lehrstellen extra statum am Staatsgymnasium in Linz verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Bum Verfassungsstreite.

Die preussischen Blätter beschäftigen sich abermals eingehend mit der österreichischen Verfassungsfrage. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sucht ihre Leser über Ursachen und Verlauf derselben zu informieren. Sie hält es für einen außerhalb dieses Kampfes stehenden Beobachter für „beinahe unmöglich“, sich für die eine oder andere Partei zu erklären. Bei aller Sympathie für die Deutschen kann sich das Organ des Fürsten Bismarck doch nicht der Erwägung verschließen, daß „die nationale Gleichberechtigung, welche für alle Stämme die erste Vorbedingung ihres freiwilligen Schaffens und Wirkens in einem constitutionell regierten Staate Oesterreich bildet, nothwendigerweise auch die politische Gleichberechtigung in sich schließen muß, wenn sie den Aspirationen aller Stämme nach allen Richtungen hin gerecht werden will.“

Auch ist ihm das böhmische Staatsrecht „nicht so unbedingt historischer Mythos, da in Prag noch ein gekrönter König von Böhmen (Ferdinand I.) lebt, dessen Krönung nicht vor sich gegangen, ohne daß er (im Jahre 1836) die Rechte und Privilegien beschworen, deren Rechtsgiltigkeit die Czechen behaupten. Zudem sei die Verfassungspartei an der gegenwärtigen Krisis zum größten Theil selbst schuld, denn in ihre Hand war es mit der Ernennung des Bürgerministeriums gegeben, die inneren Verhältnisse, mit Berücksichtigung der nichtdeutschen Nationalitäten, aber doch so zu ordnen, daß sie eine Bürgschaft für den inneren Frieden und für die unge störte Entwicklung des Deutschthums in Oesterreich werden konnten.“ Das Berliner Blatt bemerkt ganz treffend, der Sieg einer von zwei kämpfenden Parteien bedeute bei weitem noch nicht das Ende des ganzen Kampfes. Und doch sei „im allgemeinen Interesse, im Hinblick auf ganz Europa, in welchem die österreichische Monarchie einen so wichtigen Platz einnimmt, eine friedliche dauernde Lösung der dortigen Wirren so ungemein wünschenswerth, daß trotz der düsteren Anzeichen am Horizont Niemand gerne auf die Hoffnung einer solchen verzichten würde. Und wie freudig würde dieselbe gar erst in Deutschland begrüßt werden, nachdem Gastein und Salzburg das Verhältniß zwischen dem deutschen Reiche und der habsburgischen Monarchie so freundlich und erfreulich gestaltet haben.“

So sprechen Blätter des Auslandes. — Nun, wir werden den Stadien unseres Verfassungsprocesses aufmerksam folgen. Wir werden Schriften und Gegenschriften, Replik, Duplik und Schlusschrift wechseln sehen, wünschen baldige Acteninrotulirung und Finalisirung der national-politischen Streitsache.

Die Justiz in Oesterreich.

Die „Tagespresse“ bringt unter diesem Titel in ihrer Nummer 266 einen angeblich von einem Fachmann geschriebenen Artikel, welcher aufmerksame Beachtung verdient. Wir lassen deshalb denselben folgen:

„Eines der besten Schutzmittel der constitutionellen Freiheit und der staatsbürgerlichen Rechte gegenüber einer Willkür-Regierung ist bekanntlich ein gesinnungstüchtiger und unabhängiger Richterstand.“

Es sind nun nahezu vier Jahre verflossen, seit durch das Staatsgrundgesetz über die richterliche Gewalt das Princip der Trennung der Justiz von der Verwaltung und der Unabseßbarkeit und Unverantwortlichkeit der Richter festgestellt und durch die Gesetze vom 21. Mai und 11. Juli 1868 zur

freilich nicht ganz vollkommenen praktischen Durchführung gebracht wurde. Betrachten wir nun den gegenwärtigen Zustand der Justiz in Oesterreich und fragen wir uns, ob derselbe dem Ideale, dessen Erreichung durch Basirung der Justiz auf jene Principien angestrebt wurde, bereits vollkommen entspricht, so muß sich uns als Antwort die Wahrnehmung aufdrängen, daß sich zwar seit jener Epoche sehr Vieles zum Besseren gewendet hat, daß aber bis zur Erreichung jenes wünschenswerthen Zustandes noch ein bedeutender Schritt zurückzulegen ist.

Die Ursachen, denen es zuzuschreiben ist, daß es sich so und nicht anders verhält, sind sehr naheliegend.

Diejenigen Factoren, durch welche die mehr oder minder gute Qualität der Justiz bedingt ist, sind in erster Linie die Personen selbst, welche das Richteramt bekleiden, die Stellung derselben innerhalb des Organismus der Justizbehörden, endlich die Beschaffenheit dieses Organismus.

Betrachten wir die Personen, denen die Verwaltung und Führung der Justizgeschäfte anvertraut ist, näher, so finden wir da noch eine große Anzahl alter, im Dienste der vormärzlichen Periode ergrauter, noch in den Anschauungen der Patrimonialzeit befangener Veteranen; wir finden ferner ehemalige politische Beamte, welche seit dem Jahre 1848 jedem Regierungssysteme gedient hatten und welche auch in den Zeiten der ärgsten Reaction als ausführende Organe des bureaukratischen, absolutistischen Systemes fungirten. Kann es uns Wunder nehmen, wenn in solchen Köpfen weder die modernen Staatsideen überhaupt, noch der Begriff der richterlichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, insbesondere einer energischen Wahrung ihrer Stellung Platz finden kann; wenn Männer, welche durch Decennien an blindes Befolgen der ihnen von Oben zugehenden Weisungen gewöhnt waren, nicht leicht zu selbständigem, durch die politischen Strömungen unbeeinträchtigt, stets und allein nur das Recht im Auge haltendem Denken und Handeln sich aufrufen können? Daß sie dazu nicht im Stande sind, dafür können diese Männer selbst, welche größtentheils ehrenwerthe Beamte sind, nicht verantwortlich gemacht werden; die Verantwortung dafür trifft nur die Regierung, welche bei der Neubegründung des Justizorganismus ohne irgend welche sorgfältigere Auswahl sich lediglich mit dem Materiale begnügte, welches ihnen eben die Umstände boten; sie trifft namentlich das Ministerium Herbst, welches bei der im Jahre 1868 erfolgten Organisirung der neuen Bezirksgerichte sich lediglich von dem Opportunitätszwange der Unterbringung möglichst vieler altgedienter Beamten leiten ließ, ohne Rücksicht darauf, ob diese wohl geeignet seien, als Organe zur Verwirklichung der von ihm selbst aufgestellten constitutionellen Grundsätze zu dienen; das Ministerium Herbst, welches ruhig zusah, wie die beständigsten der Beamten der gemischten Bezirksämter in den neugegründeten Organismus der politischen Verwaltung übernommen wurden, und für die Bezirksgerichte nur diejenigen übrig blieben, deren die Verwaltung nicht bedurfte; das Ministerium Herbst, welches endlich es gänzlich über sah, daß in der jüngeren Generation der Justizbeamten eine Menge von Kräften vorhanden war, welche, aufgewachsen in den hoffnungsvollen Jahren der ersten österreichischen Freiheitsepoche, erfüllt von den Ideen des modernen Staates, auf die neu creirten Bezirksrichterstellen berufen, würdige Träger eines auf höheren Principien basirten, zum Schutze der neu erworbenen Freiheitsrechte bestimmten Justizorganismus geworden wären. Diese Versäumnisse jenes in Worten so starken, in Thaten so schwachen Ministeriums haben sich schwer gerächt, und es wird noch einer ganzen Generation bedürfen, um die Folgen derselben vollständig zu beseitigen.

Betrachten wir weiters das Bild, welches der gegenwärtig bestehende Organismus der Justiz und die Stellung der richterlichen Beamten innerhalb desselben bietet, so zeigen sich manche Erscheinungen, welche mit dem Grundprincip, auf dem ein solcher Organismus beruhen muß, nicht im Einklange stehen. Dieses Grundprincip besteht darin, daß der Justiz Alles fern bleiben muß, was nur im mindesten zu einer fremden Einwirkung auf die Ausübung des Richteramtes, zu einem Drucke von Oben herab eine Handhabe bieten könnte. Die Justiz muß, wenn sie ihrem Begriffe und ihrer Bestimmung im modernen Staate entsprechen soll, ganz anders aufgefaßt werden, als die übrigen Zweige des Staatsdienstes. Sie darf nicht nach einer bureaukratischen Schablone eingerichtet, nicht in den allgemeinen Rahmen

des Verwaltungssystemes eingezwängt werden, sondern sie muß eine selbständige, ihrem ganz eigenthümlichen Charakter entsprechende Organisation erhalten. Auch in dieser Richtung muß das Princip der Trennung der Justiz von der Verwaltung streng durchgeführt werden. Dies ist aber so lange nicht der Fall, als die Gerichte durch das Justizministerium mit der Regierung in einem organischen Zusammenhange stehen, als sie sich diesem Ministerium gegenüber in einem zwar nicht unmittelbar auf die richterliche Thätigkeit sich erstreckenden, aber doch unmittelbar darauf einwirkenden Abhängigkeits-Verhältnisse befinden.

Dieses unleugbar noch fortbestehende Abhängigkeits-Verhältniß manifestirt sich in erster Linie in der Besetzung der Richterstellen durch das Justizministerium. So lange dieses Institut besteht, so lange der Richter genöthigt ist, behufs seines Avancements in die Reichshauptstadt zu wandern, dort seine Aufwartung zu machen, sich um die Fürsprache dieses oder jenes Hofrathes zu bewerben; so lange eine Beförderung auf einen höheren Richterposten als ein Ausfluß des persönlichen Wohlwollens erscheint, kann von einer Unabhängigkeit des Richterstandes im wahren Sinne des Wortes keine Rede sein. Der diesem Principe entsprechende Zustand wäre vielmehr der, wenn die Besetzung der Richterstellen in die Hände der Collegien der betreffenden Gerichtshöfe selbst gelegt würde. Ein schädlicherer Anfang zu diesem Systeme wurde bereits vorläufig gemacht, indem den Rathsgremien der Gerichtshöfe ein Vorschlagsrecht eingeräumt wurde; allein diese Institution trug schon von Anbeginn den Todeskeim dadurch in sich, daß das Votum des vorschlagenden Senates nur ein begutachtendes war und noch ist, und das eigentliche Vorschlagsrecht dem Präsidenten des Gerichtshofes zusieht. Die Schöpfer des Justizorganisationsgesetzes vom 3. Mai 1853 haben es eben verstanden, jener an und für sich freisinnigen Institution sogleich ein dieselbe unschädlich machendes bureaukratisches Gegengift beizugeben. Und wie oft wird selbst dieses eingeschränkte Vorschlagsrecht ganz illusorisch? Wie oft, und zwar insbesondere in der allerneuesten Epoche, hat es sich ereignet, daß die Vorschläge der Gerichtshöfe und deren Präsidien ganz unbeachtet gelassen wurden, die Richterstellen lediglich nach souveräner ministerieller Willkür vergeben oder gar dazu benützt wurden, einen politischen Parteigenossen sich dankbar zu bezeugen, dieser oder jener Nationalität gefällig zu sein oder einen Günstling zu belohnen, daß also die Justiz zu Zwecken mißbraucht wurde, mit welchen dieselbe niemals im entferntesten etwas zu thun haben soll.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 28. September.

Mehrere Wiener Blätter als Organe der sogenannten „Verfassungspartei“ sind übereinstimmend der Ansicht, daß eine Aenderung der gegenwärtigen politischen Lage im Innern erst mit der Abreise des böhmischen Landtages zu erwarten sei, welche in der nächsten Woche zur Verhandlung kommt, da ein neuer Aufschub bewilligt ist. Wie die „Montags-Revue“ schreibt, wird in dieser Adresse das historische Recht und die Sonderstellung Böhmens ausgeführt und die Bestätigung der Privilegien bei der Krönung erbeten werden. Böhmen wird darin den General-Landtag für sich, für Mähren und Schlesien nur formell, den Krönungslandtag jedoch mit seinem durchaus ständischen Charakter in dem Sinne verlangen, wie er vor 1618 existirte. Außer dieser Nachricht, bringt ein jungerzeitliches Blatt noch eine vollständige Erklärung des Ausgleiches mit der böhmischen Opposition unter folgenden Bedingungen: Vor allem hätten die czechischen Vertrauensmänner dem Grafen Hohenwart auf das bestimmteste die Beschickung des Reichsrathes durch den böhmischen Landtag zugesagt.

Privatnachrichten aus Wien melden: Daß die Dauer der Landtagssession bis Mitte October projectirt ist. Es erscheint jedoch fraglich, ob dieser Termin auch für den böhmischen Landtag bestimmt ist, nachdem dieser Landtag erst am Beginn seiner eigentlichen Action steht. Die anderen Landtage würden bis Mitte October wohl ihre Hauptaufgaben gelöst haben. In den deutschen Landtagen werden zunächst die Reichsrathswahlen vollzogen und hierauf die Regierungsvorlagen erledigt werden.

„Wanderer“ meldet: „Die Nachricht eines dänischen Journals, „die Regierung habe nach der Salzburger Monarchen- und Kanzlerentrevue sich mit der österreichischen Reichskanzlei zur neuerlichen Anregung der

nordfriesch-wig'schen Frage ins Benehmen gesetzt," wird officiöserseits als grundlose Erfindung bezeichnet."

Die „Bohemia“ enthält die folgende Mittheilung: „Man spricht davon, daß das russische Cabinet und zwar, nachdem es sich vergewissert habe, seine Auffassung wird von der französischen Regierung im wesentlichen getheilt, eine Denkschrift vorbereitet, welche das Princip der Nichtintervention als gültige Regel der internationalen Beziehungen bereitwillig anerkennt, indeß discutirt haben will, ob nicht etwa von vornherein diesem Princip bestimmte Grenzen zu ziehen sein möchten und welche Ausnahmen eventuell zu statuiren wären.“ Das wäre ein erster Schritt zur Anregung der orientalischen Frage auf Grund einer russisch-französischen Allianz.

In Mähren besteht ein Gesetz vom 6. Mai 1869, welches bestimmt, daß ein Landtags-Abgeordneter, welcher seinen Eintritt in den Landtag über acht Tage verzögert und der vom Landeshauptmann erteilten Aufforderung, binnen 14 Tagen zu erscheinen oder seine Abwesenheit zu rechtfertigen, nicht Folge leistet, vom Landtage des Mandates verlustig erklärt werden kann. Diese Aufforderung ist nun an die dreiunddreißig den Sitzungen fernbleibenden mährischen Abgeordneten gerichtet worden.

Aus Lemberg trifft nachstehende Nachricht ein: „Der vom Adreßauschuß angenommene Adreßentwurf dankt im Eingange für die Errichtung einer Akademie der Wissenschaften in Krakau und die Berufung des Ministers Grocholski. Er erklärt das dem Reichsrathe vorgelegte Regierungsproject betreffs Galiziens für ungenügend, weil darin die individuellen Eigentümlichkeiten und die historische Vergangenheit Galiziens nicht berücksichtigt werden; der Landtag zweifle nicht, daß unter den jetzigen Verhältnissen jenes Maß von Freiheiten vergrößert werden wird. Die galizische Resolution enthalte das Ausmaß von Autonomie, dessen Galizien bedarf. Das gegenwärtige Ministerium führe den Willen Sr. Majestät des Kaisers nach Befriedigung der gerechten Wünsche der Nationalitäten durch; in diesem Streben könne die Regierung auf die Unterstützung des galizischen Landtages, welcher stets die Anerkennung der historischen Individualität der Nationalitäten für die Macht der Monarchie als unbedingt notwendig erachtete, mit Sicherheit rechnen. Der Entwurf spricht schließlich die Hoffnung aus, daß die jetzige Umgestaltung zur Sicherung der constitutionellen Errungenschaften und der wahren Freiheit beitragen werde.“

Die italienische Presse ist mit dem Fernbleiben der Deutschen in Oesterreich von den Landtagen nicht einverstanden und rath ihnen, daß sie, wenn auch in der Minorität bleibend, so doch eifrig an der Consolidirung Oesterreichs und der Versöhnung der Parteien mitwirken mögen.

Das Unterhaus des ungarischen Reichstages hat am 24. den Gesetzentwurf über das neue Anlehen in dritter Lesung angenommen. Julius Benedek überreichte einen Beschlußentwurf, durch welchen das Ministerium beauftragt werden soll, noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf über die Regelung der Urbarmittelverhältnisse auf dem Königsboden und den damit verbundenen Landestheilen dem Reichstage vorzulegen. Sodann wurde der Gesetzentwurf bezüglich des dem Justizminister zur Errichtung der Gerichtshöfe erster Instanz zu bewilligenden Nachtragscredits für 1871 in Berathung gezogen und angenommen. Schließlich wurde die Prüfung des Ge-

werbengesetz-Entwurfes einer Special-Commission übertragen.

Aus Agram wird gemeldet: Der königliche Commissär, Feldmarschall-Lieutenant Rosenzweig, hat den Sisseler Gemeinderath aufgelöst, Neuwahlen ausgeschrieben und die Veröffentlichung seiner Zuschriften untersagt.

Telegramme aus München melden: Die feierliche Eröffnung des Landtages findet morgen Nachmittags durch den Prinzen Luitpold statt. Das brasilianische Kaiserpaar ist angekommen und wohnt im Hotel zum „bairischen Hof.“ Die bairische Kammer wird demnächst für die Dauer des Reichstages vertagt werden, der Gesetzgebungsausschuß derselben aber behufs Berathung des Einführungsgesetzes zum deutschen Reichsstrafgesetzbuch, sowie des Polizeistrafgesetzbuches versammelt bleiben.

Aus Berlin wird geschrieben: Mit Ablauf des Monats September endet die Mission aller diplomatischen Vertretungen des Großherzogthums Baden. Die „Kreuzzeitung“ dementirt officiell alle Gerüchte über beabsichtigte Krönungsfeierlichkeiten des Kaisers von Deutschland.

Die Einberufung des deutschen Reichstages wird, wie die „Volksztg.“ hört, wahrscheinlich erst zum 20. October erfolgen, da das Militärbudget, dessen Aufstellung nicht vollendet ist, dem Bundesrath noch nicht vorgelegt werden konnte.

Aus Versailles langt die Nachricht ein, daß Arnim am 25. d. eine Unterredung mit Thiers hatte. Die Vertragsverhandlungen sind im besten Gange. Die Räumung von vier Departements ist beendet.

Aus Versailles wird berichtet: „Die Begnadigungs-Commission, welche in Versailles zurückgeblieben ist, wird nun durch die fortdauernde Thätigkeit der Kriegesgerichte während der parlamentarischen Ferien sehr beschäftigt sein. Die Mitglieder derselben sind benachrichtigt worden, daß sie sich als sozusagen permanent versammelt anzusehen haben. Ueber die bereits verhängten Todesurtheile wird die Begnadigungs-Commission in gemeinsamer Sitzung mit dem Präsidenten der Republik und dem Ministerrath entscheiden.“

Was den in Paris immer noch herrschenden Belagerungszustand betrifft, so theilt der „Moniteur Universel“ mit, daß er vorläufig noch nicht aufgehoben werden soll, jedoch werden gewisse Erleichterungen in Bezug auf die Presse eintreten. Noch immer beschäftigt man sich im französischen Publicum viel mit den bonapartistischen Comploten, denen die Regierung auf die Spur gekommen sein soll. Es verlautet daß sich Donnerstag die permanente Commission der Nationalversammlung mit den bonapartistischen Umtrieben in der Armee beschäftigen und eine Untersuchung beantragen werde.

Nach einer Depesche des „Standard“ aus Berlin haben sich angeblich die Beziehungen zwischen Rußland, Frankreich und der Türkei intimer gestaltet.

Der Großfürst Thronfolger von Rußland wird in Paris erwartet und soll im Palaste der russischen Gesandtschaft sein Absteigequartier nehmen. Vom deutschen Kaiser Wilhelm eingeladen, in Baden betreffs einer Zusammenkunft sich einzufinden, schlug der Kronprinz die Einladung rundweg ab. Er soll sogar, wie der „Opinion“ aus Paris berichtet wird, erklärt haben, er werde nie einen Fuß auf deutschen Boden setzen. Herr Thiers soll geantwortet sein, bei der Ankunft des Großfürsten persönlich seine Aufwartung zu machen.

Nach der „Roma del Popolo“ sagt Mazzini über Italien unter anderem Folgendes: „Meine Hoffnung war die, ein Italien zu sehen, das durch die Opfer und die Thätigkeit seines Volkes, strahlend vor Begeisterung und Glauben, stark im Bewußtsein geschlagener Schlachten und mit dem eigenen Blute errungener Siege, — jenes Italien, wie es sich Dante dachte, das steht. Heute aber stellen wir — befriedigt oder trauernd — nur ein erlogenes Italien dar. Unsere Grenzen gegen Frankreich und Deutschland sind in fremden Händen, und wenn wir auch im Besitze von Wälschtirol, Triest und Nizza wären, so hätten wir doch nur die materiellen Umrisse, den leblosen Körper von Italien. Es fehlt der belebende Hauch Gottes, es fehlt die Seele der Nation.“

Ein Telegramm aus Kragujevatz meldet: Die Skupschina übergab durch eine Deputation der Regentenschaft die Adresse, in welcher vor allem der Regentchaft volles Vertrauen und Dank für die bisherige Thätigkeit ausgedrückt wird. Die Skupschina bittet um Fortsetzung der Vervollkommenung der Landwehr, die eine große Aufgabe erwartet, und dankt der Regentchaft für die Hochhaltung der Fahne der Obrenovitsche, wofür die Nation zu jeder Unterstützung bereit sei. Die Regierung übergab der Skupschina mehrere Vorlagen.

Aus Constantinopel wird berichtet: Sabit Pascha wurde zum Finanzminister und Achmet Teofil Efendi zum General-Director der indirecten Steuern ernannt. Die Presse spricht sich einstimmig günstig über diese Ernennungen aus. Seit dem Tode Ali Paschas enthalten die Journale täglich mehrere Veränderungen im Regierungs-Personale. Mehrere Mitglieder des Staatsrathes wurden abberufen und andere dafür ernannt. Kein Departement, mit Ausnahme der Vertreter der Pforte im Auslande, blieb von diesen Veränderungen verschont. Der Eindruck dieses Vorganges ist im allgemeinen ein günstiger, aber die von ihren Stellen ohne Gehalt Entlassenen bilden eine starke Partei Unzufriedener.

Das „Petersburger Regierungsblatt“ theilt neue Nachrichten über die schrecklichen Zustände in Persien mit, die dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten neuerdings von den russischen Consulen in Teheran, Tabriz, Erzerum und Constantinopel zugegangen sind. Nach diesen Nachrichten hat die seit Anfang dieses Jahres im Lande herrschende Hungersnoth mit der größten Heftigkeit in denjenigen Provinzen gewüthet, deren Einwohner mit ihrer Nahrung fast ausschließlich auf Reis angewiesen sind, dessen Ernte gänzlich mißrathen war.

Krainischer Landtag.

5. Sitzung.

Laibach, 28. September.

Beginn der Sitzung um halb 11 Uhr. Anwesend 21 Abgeordnete. Vorsitzender: der Landeshauptmann Dr. Naglag. Regierungsvertreter: Landespräsident von Wurzbach.

Der Schriftführer verliest das Protokoll, gegen welches keine Einwendung erhoben wird.

Der Landeshauptmann verliest eine Zuschrift der Landesregierung, betreffend die Vornahme der Wahlen in den Reichsrath.

Der Landeshauptmann erklärt, daß er diesen Gegenstand auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen werde.

Seniſſeton.

Thiers als Privatmann.

Die Commune von Paris hatte bekanntlich die Niederreißung von Thiers Wohnung in der Hauptstadt verordnet. Als das Haus ausgeräumt worden und Jemand in der Commune bemerkte: „Ich glaube, daß die kleinen Broncen des Herrn Thiers unbeschädigt angekommen sind,“ rief ihm der Maler Courbet zornig zu: „Diese kleinen Broncen haben einen Werth von 1,500.000 Francs!“ In Wahrheit beläuft sich der Werth des Thiers'schen Museums vielleicht auf zwei- bis dreihunderttausend Francs, so weit sich derartige Gegenstände in der heutigen Zeit taxiren lassen. Niemals wachte ein Argus eifersüchtiger über seine Schätze, als Herr Thiers über seine Bronzen und Cameen. Möchte es sich darum handeln, eines seiner Stücke zu copiren oder in einem retrospectiven Museum auszustellen, stets klopfte man an der Place St. Georges vergebens an. Wenn man ihn besuchte, sah man den greisen Staatsmann wohl im Gespräch mit einer Statuette oder alten Münze spielen, aber selbst vertrautere Freunde schien er nur ungern in seinen Kunstschatzen verweilen zu lassen; er war ein Epikuräer, der am liebsten in der Einsamkeit genoß. Dabei war seine Passion, namentlich für die Kunst der Renaissance, so groß, daß er selbst auf der unglücklichen Rundreise, die er während des letzten Krieges um die europäischen Höfe machte, halbe Tage in den Ufficien zu Florenz oder in der Eremitage zu St. Petersburg zu verbringen sich nicht versagen konnte. Auch war seine Lieblingsarbeit in den letzten zehn Jahren eine

Geschichte der Medicäer, und als die Wahlen von 1862 ihn der activen Politik wieder zuführten und man damals Napoleon III. den Gedanken nahelegte, dem nationalen Geschichtsschreiber ein Portefeuille anzutragen, antwortete dieser: „Das Ministerium der schönen Künste, mit Vergnügen!“ Im „Siècle“ finden wir einige nähere Aufschlüsse über diese geheimnißvollen Sammlungen des Herrn Thiers. Man sprach in erster Reihe immer von seinen kostbaren Kupferstichen; es scheint aber, daß er sich des größten Theils derselben, so weit sie sich nämlich auf die Geschichte der Fronde und des siebzehnten Jahrhunderts bezogen, schon um das Jahr 1864 durch Versteigerungen zu guten Preisen entäußert hat. Die Hauptstücke seines Museums sind jetzt in der That die bereits erwähnten Bronzen, theils florentinische Werke der Renaissance, wie die wundervolle Venus auf dem See-Ungethüm, theils Antiken, wie der Tänzer aus dem Cabinet Denon, dann eine Serie der seltensten Terracotten, Büsten und Medaillen und das eigenhändige Modell der Madonna von Michel Angelo, welche in der Sacristei von San Lorenzo, in Florenz unvollendet zu sehen ist. Thiers besitzt ferner eine Farbenskizze des „Jüngsten Gerichts“ des großen Florentiners. Eine andere Specialität seines Museums sind die persischen Papierrollen und die japanesischen Lackgegenstände, welche letzteren nur in der Apollo-Galerie des Louvre ihresgleichen finden. Dazu treten dann noch außerlesene Copien nach italienischen Meistern, alte Kupferstiche nach Rembrandt und Van Dyl, Eisenbeinschnitten, Krystalle, Jaden und andere Edelsteinarbeiten.

Wir unterhielten unsere Leser von den Kunstschatzen des Herrn Thiers, nun führen wir sie durch dessen Haus, von dem, wie es scheint, bloß das Dach abgedeckt worden

ist. Das Haus liegt auf dem Plage St. George und seitdem es von der Commune verhehmt worden, erzählte der hinkende Teufel der Pariser Dabard von dem Leben, welches sein Eigenthümer darin geführt, die wunderlichsten Dinge, so, daß kein Zweifel übrig bleibt, daß Herr Thiers, wenn auch nicht das größte staatsmännische Genie der Welt, wofür er sich selbst hält, so doch ein wirkliches Original sei. Das Äußere und das Innere des Hauses war aber keineswegs auffallend, es war in jeder Hinsicht einfach und anspruchslos zu nennen. Ein einstöckiges weißes Haus mit fünf Fenstern Front und einem Einfahrtsthor mit besonderem Ueberbau; davor ein kleiner, grüner Raum mit zwei hohen Bäumen und rückwärts ein hübscher Garten. Die Zahl der Gemächer war sehr groß; aber es befindet sich darunter kein einziges, was sich durch besonderen Luxus auszeichnete. Die meisten der großen und kleinen Räume waren mit Sammlungen angefüllt. Ueber alle hielt der Eigenthümer genaue Aufsicht, und man kann an der Umständlichkeit, mit welcher er seine Collectionen behandelte, ersehen, wie sehr sie ihm an's Herz gewachsen waren. Eine musterhafte Ordnung machte sich überall bemerkbar. Alles war in Rubriken, Systeme und Klassen gebracht, von den Folianten bis zu den verschiedenen Sorten Apricosen und bis zu den Hausschuhen, welche für die verschiedenen Monate numerirt waren. Die Begner machen aus dieser Classificationswuth dem Herrn Thiers den Vorwurf der Schablonenreiterei und des Doctrinarismus. Andere wollen darin einen musterhaften Sinn für Ordnung erkennen. Entsprechend dem abgegrenzten Charakter seines Hauswesens war die Lebensweise des Ministers, wenn er sich in seinem Hause zu Paris befand. Er war hier jederzeit ein Frühaufsteher. Um

Derselbe theilt weiters mit, daß das in der letzten Session beschlossene Gesetz über Abänderung der Landtagswahlordnung die Allerhöchste Sanction nicht erhalten habe. Wird dem Verfassungsausschusse zugewiesen.

Mehrere Petitionen werden theils dem Finanz-, theils dem Verfassungs- und dem zu wählenden Schulausschusse zugewiesen.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Regierungsvorlage, enthaltend das Gesetz über Benützung, Leitung und Abwehr von Gewässern, wird dem heute zu wählenden dreigliedrigen Ausschusse zur Berichterstattung über einige Gesetzentwürfe zugewiesen.

Das weiters an der Tagesordnung stehende Gesetz über die Regelung der Errichtung, Erhaltung und des Besuches der öffentlichen Volksschulen wird dem Schulausschusse, dessen Wahl auf Antrag Dr. Costa's so gleich vorgenommen wurde, zugewiesen.

In diesen Ausschuss werden gewählt: Dr. Bleiweis, Dr. Costa, Iršič, Svetec, Kramer, Toman und Horak.

Dr. Costa referirt über die Vorlage des Landesauschusses, enthaltend eine neue Amtsinstruction für die krainische Landeskasse.

Abg. Svetec beantragt, daß diese Instruction sogleich en bloc angenommen werde, welchem Antrage sich auch der Referent angeschlossen.

Die Annahme erfolgte sodann einstimmig en bloc auch in zweiter und dritter Lesung.

Abg. Iršič trägt nun den Bericht des Finanzauschusses mit den Rechnungsabschlüssen nachstehender Fonds für das Jahr 1869, und zwar: 1. Landesfond und dessen Subfonde (Einnahmen 614.647 fl. 70 kr., Ausgaben 604.860 fl. 41 kr., Vermögensstand 1 Mill. 406.378 fl. 61 kr.); 2. Grundentlastungsfond (Einnahmen 611.671 fl. 71 kr., Ausgaben 638.009 fl. 24 1/2 kr.; activer Gesamtvermögensstand 8.086.642 fl. 95 kr., Passiva 9.297.534 fl. 87 kr.); 3. Irrenhausfond (Einnahmen 6144 fl. 88 kr., Ausgaben 6093 fl. 36 1/2 kr., actives Gesamtvermögen 90.597 fl. 23 1/2 kr.); 4. Waisenstiftungsfond (Einnahmen 13.644 fl. 79 kr., Ausgaben 13.320 fl. 52 1/2 kr., actives Gesamtvermögen 208.815 fl. 80 kr.); 5. Glavar'scher Fond (Einnahmen 20.198 fl. 64 1/2 kr., Ausgaben 10.194 fl. 99 1/2 kr., activer Gesamtvermögensstand 136.822 fl. 4 kr.); 6. Graf Saurau'scher Messenstiftungsfond (Einnahmen 310 fl. 26 kr., Ausgaben 196 fl. 63 kr., activer Gesamtvermögensstand 4177 fl. 26 kr.); 7. Kaiserin Elisabeth-Stiftungsfond (Einnahmen 205 fl. 76 kr., Ausgaben 127 fl. 61 kr., activer Gesamtvermögensstand 3462 fl. 10 kr.) — vor. Diese Rechnungsabschlüsse werden nach dem Ausschussantrage ohne Debatte einhellig genehmigt.

Abg. Iršič referirt den Bericht des Finanzauschusses über die Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1870, betreffend nachstehende Fonds: a) Landesfond und dessen Subfonde mit 505.399 fl. 77 kr. Einnahme, 457.001 Gulden 90 1/2 kr. Ausgabe und 1.397.474 fl. 85 kr. activem Gesamtvermögensstand; b) Grundentlastungsfond mit 604.313 fl. Einnahme, 657.312 fl. 22 kr. Ausgabe und 1.420.372 fl. 11 1/2 kr. Passivum; c) Irrenhausfond mit 5.594 fl. 11 kr. Einnahme, 5.497 fl. 90 kr. Ausgabe und 96.180 fl. 36 1/2 kr. activem Vermögensstand; d) Landesculturfond mit 1.584 fl. 72 kr. Einnahme, 1.194 fl. 63 kr. Ausgabe und 14.192 fl. 43 1/2 kr. activem Vermögensstand. Auch diese Abschlüsse werden genehmigt.

Dr. Poklukar referirt den Bericht des Finanzauschusses über den Voranschlag für den Irrenhausfond

5 Uhr verließ er sein Bett, um sofort ein Bad zu nehmen. Nach dem Bade eine Tasse Kaffee und alsdann zur Arbeit bis 10 Uhr. Von 10 bis 11 Vormittag Empfang von Besuchern. Um 11 Uhr Dejeuner, immer in gleicher Weise, aus Thee, Butterbrot, Hammelcotelettes und eingemachten Aprikosen bestehend. Nach dem Dejeuner abermals ungezuckerter Kaffee und Lectüre von Journalen; englische, italienische Blätter liest Herr Thiers mit derselben Geläufigkeit wie französische. In allen Blättern streicht er die Stellen an, die ihn persönlich betreffen; seine Secretäre haben die Stellen herauszuschneiden und in ein besonderes Buch zu bringen, welches sogleich aufgehoben wird. Dasselbe wurde ebenfalls vorgefunden; es hat bereits einen bedeutenden Umfang. Die Zeit dieser Lectüre war zugleich die Zeit seiner Siesta, aus welcher er sich nicht durch den Besuch eines Fürsten aufschrecken ließ. Die Gegner sagen, nur durch den Besuch eines Fürsten. Sein geräumiges Sopha, welches so eingerichtet war, daß es jeder Bewegung des Körpers nachgab, stand in Verbindung mit seinem Arbeitszimmer und mit dem Vorzimmer, so daß er stets in der Lage war, durch ein Wort mit einer Wendung des Kopfes Anweisungen dorthin zu geben. Von 4 bis 6 Uhr wiederum Arbeit; genau um 6 Uhr das Diner. Niemals nahm Herr Thiers dabei Suppe; immer Hammelcotelettes und nachher wählte er unter acht Sorten Käse. Die Aprikosenconfiture fehlte ebenfalls nie. Nach dem Diner die ewige und unveränderliche Partie Whist mit nur zwei anderen Personen. Niemals eine Partie zu viere. Um 11 Uhr immer unabänderlich zu Bett. Sechs Stunden Schlafes genügen dem fleißigen Manne.

für die Jahre 1871 und 1872. Der Ausschuss beantragt, daß das Erforderniß für das Jahr 1871 mit 395 fl. 14 1/2 kr. und für 1862 mit 416 fl. 75 1/2 kr., die Bedeckung pro 1871 mit 4467 fl. 25 kr. und pro 1872 mit 4923 fl. angesetzt und daß die Ueberschüsse pupillarmäßig sichergestellt werden. Wird angenommen.

In den Ausschuss für einige Gesetzesvorlagen werden gewählt: Svetec, Pintar und Murnik. Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bilden Berichte des Petitionsauschusses. Abg. Svetec referirt über die Petition der Gemeinde Altemarkt bei Pölland um Bewilligung des Verkaufes von zwei Obligationen. Dieser Verkauf wird vom Landtage nach dem Ausschussantrage unter den Bedingungen bewilligt, daß nachgewiesen werden müsse, die beiden Obligationen lauten auf Namen der Gemeinde und daß der Erlös für Errichtung eines Gemeindebrunnens verwendet werde.

Derselbe referirt über die Petition der Gemeinde Gätz um Abänderung des § 13 der Gemeindeordnung.

Der Ausschuss beantragt, es sei über diese Petition zur Tagesordnung zu übergehen, da die Gemeindeglieder von Gätz selbst Schuld seien, wenn sie im Ausschusse der Hauptgemeinde nicht genügend vertreten seien, nachdem sie nach der Mittheilung des Bezirkshauptmannes von Gurkfeld an den Wahlen gar nicht theilnahmen.

Dr. Costa erklärt sich zwar mit dem Ausschussantrage einverstanden, fügt jedoch bei, daß die gegenwärtige Gemeindeordnung schon jetzt den Anforderungen nicht genüge und daß dies nach Errichtung der großen Gemeinden noch weniger der Fall sein werde, wo es sich um genaue Definirung der Wirkungskreise der Haupt- und Untergemeinden handle; er beantrage daher: Der Landesauschuss werde beauftragt, für die nächste Session einen neuen Entwurf der Gemeindeordnung vorzulegen. Dieser Antrag wird von Dr. Costa schriftlich dem Vorfigenden überreicht und genügend unterstützt.

Der Landeshauptmann erklärt, daß er diesen Antrag in Druck legen lassen und zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung überweisen werde.

Dr. Costa bemerkt nun, daß sein Antrag nicht als selbständiger aufzufassen sei, sondern derselbe gehe dahin, daß die vorstehende Petition dem Landesauschusse, der eine neue Gemeindeordnung zu entwerfen habe, abgetreten werde.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Der Berichterstatter Svetec äußert sich dahin, daß Costa's Antrag ein selbständiger, mit der vorliegenden Petition nur äußerlich und zufällig zusammenhängender sei; ein solcher Antrag müsse früher begründet und sodann geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Dr. Costa wendet gegen die Ausführungen ein, daß dieselben, nachdem das Haus schon einen Beschluß gefaßt habe, zu spät seien.

Svetec bemerkt, es sei möglich, daß einige Abgeordneten vielleicht unrichtig verstanden hätten, ob es sich um die Unterstützungsfrage oder um die meritorische Abstimmung handle. Abg. Bleiweis schließt sich ganz dem Antrage des Dr. Costa an; Svetec möge vielleicht in stricte formaler Beziehung Recht haben; allein Costa habe seinen Antrag begründet, die Nothwendigkeit einer Reform der Gemeindeordnung sei im Landesauschusse schon oft zu Tage getreten und bei der großen Dringlichkeit des Gegenstandes sei eine kleine Abweichung vom strengen Formalismus wohl zulässig.

Berichterstatter Svetec hat zwar gegen das Meritorische des Antrages nichts einzumenden, allein man müsse sich an die Geschäftsordnung halten. Der Landtag wolle sich daher darüber aussprechen, ob der Gegenstand schon als erledigt anzusehen sei oder nicht.

Der Landespräsident schließt sich den Bedenken des Berichterstatters an; Costa's Antrag sei ein selbständiger, müsse schriftlich eingebracht und einer Ausschussberatung unterzogen werden; es werde sonst hiedurch ein Präcedenzfall geschaffen, der früher oder später der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung nachtheillich werden könnte. Vielleicht wurde der Antrag bei der Abstimmung mißverstanden. Als Landespräsident habe er die Pflicht, ob der Beobachtung der Gesetze zu wachen.

Der Landeshauptmann bringt nun die Frage zur Abstimmung, ob Costa's Antrag nur als Amendement zum Ausschussantrage anzusehen sei. Nachdem der Landtag sich dagegen ausgesprochen hatte, zog Dr. Costa seinen Antrag zurück.

Pintar referirt über die Petition der Gemeinde Winklern wegen Nichterrichtung einer Schule in Hülben. — Diese Petition wird nach dem Antrage des Ausschusses abgewiesen.

Die Petition der Gemeinden des Bezirkes Littai um Anstellung eines Bezirksarztes wird der k. k. Regierung zur Erwägung und günstigen Erledigung abgetreten.

Dem Maler Johann Frank wird zur Vervollständigung seiner Studien und Fortsetzung des Aufenthaltes in Venedig eine Unterstützung im Betrage von 200 fl. bewilligt.

Der Landeshauptmann verliest noch eine Petition der Gemeinde Möttling um Steuerabschreibung, welche dem Petitionsauschusse zugewiesen wird, und theilt mit, daß der Adressat zum Obmann Dr. Bleiweis,

zum Obmannstellvertreter Dr. Costa, zum Schriftführer Dr. Zarnik gewählt habe.

Schluß der Sitzung 2/2 12 Uhr. Nächste Sitzung Samstag den 30. September.

Aus den Landtagen.

(Neuester Bericht.)

Kärnten. Annahme der Rechtsverwahrung gegen das k. Rescript, Antrag über die Regelung der Humanitätsanstalten, Wahl der Landesauschussmitglieder.

Steiermark. Annahme der Rechtsverwahrung gegen das k. Rescript. Berathung über Schul- und Gesetzesvorlagen.

Niederösterreich. Mittheilung der Einläufe; Berathung über Gemeinde-, Schul-, Verwaltungs-, Bau- und Finanzsachen; Interpellationen; über Schul- und andere Angelegenheiten.

Oberösterreich. Bericht über Wahlen aus der Handelskammer.

Salzburg. Aufforderung zur Vornahme der Reichsrathswahlen.

Tirol. Berathung über Schulachen und Petitionen.

Vorarlberg. Ablehnung der Wahlordnungsvorlage.

Böhmen. Kommissionsitzungen über die neuesten staatsrechtlichen Fragen.

Mähren. Aufforderung an die liberale Minorität zum Erscheinen im Landtage.

Schlesien. Protest gegen die Wahlordnung, Berathung über administrative Gegenstände.

Galizien. Adressannahme in Betreff der Verfriedigung Galiziens. Polonisirung der technischen Hochschule.

Bukowina. Antrag zur Regelung der Propriationsrechte.

Tagesneuigkeiten.

Internationaler Congress für Reform des Gefängniswesens.

Der Congress der Vereinigten Staaten von Nordamerika nahm in seiner letzten Session eine Resolution für Einberufung eines internationalen Congresses an, der im Juni 1872 in London zusammentreten und alle die Repräsentation der Verbrechen und die Reform der Gefängnisdisciplin betreffenden Angelegenheiten berathen soll. Die Resolution ermächtigte den Präsidenten der Republik, einen Bevollmächtigten an alle europäischen Regierungen zu senden und die Präliminarien zu dem Congress zu vereinbaren. Präsident Grant übertrug diese Mission an Dr. Wines, der seit Jahren sich mit dem Studium der einschlägigen Fragen und mit der Gefängnisreform in den Vereinigten Staaten befaßt. Dr. Wines segelte im Juli d. J. von Amerika ab, besuchte England, Frankreich, Belgien, Holland und Preußen wo er überall zuvorkommende Aufnahme und Sympathie für den Gegenstand seiner Mission fand und Versicherungen für die Mitwirkung an dem Unternehmen erhielt. Mehreren der genannten Regierungen, so die holländische, haben sogleich Bevollmächtigte für den Congress ernannt, und andere haben Commissionen zur Betreibung der Angelegenheit niedergesetzt. Während seines Aufenthaltes in Paris hat Dr. Wines auf besondere Einladung des Herrn v. Rémusat in der Akademie einen Vortrag über den internationalen Congress gehalten. Der Vortrag fand dankbare Anerkennung seitens der Akademie, deren Präsident Namens sämtlicher Mitglieder die besten Wünsche, sowie die Mithilfe für das Gelingen des Werkes versprach. Dr. Wines hat sich kürzlich in Wien aufgehalten und wurde durch den Gesandten der Union, Herrn Jay, dem Grafen Beust und mehreren hohen Beamten vorgestellt. Er verließ, nach Rom gehend, Wien höchlichst zufriedengestellt über die ihm gewordene Aufnahme. Er ist überzeugt, daß Oesterreich der Förderung der von der Union angeregten civilisatorischen Aufgabe eifrigst obliegen wird.

— (Hofnachrichten.) Der Rückkehr Sr. Majestät nach Wien wird für den 29. oder 30. d. M. entgegen gesehen. Bester Meldung zufolge würden die Cabinetskanzlei Sr. Majestät, das Hofzahlamt, sowie der übrige Haushalt am 29. September von Ofen nach Wien übersiedeln.

— (Von den Wiener Altkatholiken) berichtet das „N. W. Z.“ dieselben bereiten eine Bitte an den Wiener Gemeinderath vor, die der Commune gehörige Salvator-Capelle den Altkatholiken zum Gottesdienste zur Verfügung zu stellen. — Die nächste Altkatholikenversammlung soll, Münchener Blättern zufolge, in Oesterreich stattfinden.

— (Pädagogium.) Der Gemeindevorstand in Brunn hat die Errichtung eines Pädagogiums mit dem jährlichen Kostenaufwande von 10.000 fl. beschlossen. Zehn Stipendien werden gestiftet. In diesem Schuljahre wird der erste Jahrgang eröffnet.

— (Familienunglück.) Das Unglück, welches die Familie Sr. Excellenz des Herrn Statthalters von Steiermark, Baron Rübed, in den letzten Wochen getroffen, wurde vorgestern noch erhöht, indem Nachmittags, nach mehrwöchentlichem Leiden, das zweite Zwillingkind des Herrn Statthalters, innerhalb weniger Tage also das dritte Kind, gestorben ist.

(Landwirthschaftliches aus Triest.) In der letzten Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses, der Herrn Ritter v. Tommasini zum Ehrenpräsidenten und Herrn Prof. Blacovich zum Vicepräsidenten erwählte, wurde ein Comité eingesetzt, welches die geeignetsten Mittel ausfindig machen soll, um die Weinveredlungsgesellschaften, deren Gründung in Görz und Triest bereits angebahnt ist, zu verschmelzen.

(Auffindung des „Re d'Italia.“) Einer Nachricht des „Corriere di Sardegna“ zufolge hat der italienische Marineminister dem Prof. Toselli, Erfinder des See-Maulwurfs den Aviso-Dampfer „Autlion“ zur Verfügung gestellt. Prof. Toselli will mit diesem die Hebung des versunkenen „Re d'Italia“ versuchen.

(Uebersicht der heurigen Ernteergebnisse.) Aus allen bis jetzt über die Ernte der hauptsächlichsten europäischen Consumländer vorliegenden Nachrichten ergibt sich, daß der Bedarf ein sehr beträchtlicher sein wird, so daß der Getreidehandel eine große Aufgabe zu erfüllen hat, indem er mit dem Ueberschuß des einen Landes den Mangel des anderen deckt. Für die Versorgung der europäischen Consumländer in mageren Erntejahren kamen in dem letzten Decennium hauptsächlich Ungarn, das europäische Rußland, die Türkei und Amerika in Betracht. Von allen diesen Ländern haben bis jetzt nur das südliche Rußland und Amerika ihre Exportfähigkeit documentirt, während die Ernte in der Türkei und Ungarn, wie sich nachträglich herausstellte, weit hinter den gehegten Erwartungen zurückblieb, so daß diese Länder an der Versorgung Europas, wenigstens was Weizen betrifft, keine bedeutenden Rollen spielen werden.“ So spricht sich der „Ang. Lloyd“ aus.

(Der Besuch der in- und ausländischen Bäder) war nach der Zusammenstellung der „Gem. Ztg.“ in der heurigen Saison ein sehr großer. Nach den bis Ende August eingegangenen Curlisten betrug die Zahl der Curgäste: in Aachen 7162, Baden-Baden 36.614, Baden bei Wien 7168, Badenweiler 2409, Karlsbad 16.725, Eger 3632, Franzensbad 7398, Gastein (Wildbad) 2194, Gleichenberg 2302, Hofgastein 908, Homburg 14.342, Ischl 3922, Kissingen 8095, Rösen 2411, Krapina-Töplitz 1970, Marienbad 7748, Nauheim 4716, Neuenahr 2671, Niederbrunn in Elsaß 1329, Norderny 4654, Oeynhausen 3454, Pyrmont 7071, Ragaz-Pfäfers 3376, Reichenhall 4689, Rohitsch-Sauerbrunn 2202, Schandau 1517, Schlangenbad 1545, Schwalbach 4627, Soden 3292, Teplitz-Schönau 26.190, Warmbrunn 2500, Wiesbaden 40.386, Wildbad 5841, Wittstock 663.

Locales.

(Laibacher Stadtverschönerungsverein.) Am nächsten Sonntag, Vormittag um 11 Uhr, findet im Ballonsaale des Casino's die constituirende Generalversammlung statt, bei welcher unter anderem auch der aus 12 Mitgliedern bestehende Vorstand gewählt werden wird. Obwohl die Bescheinigung der Statuten bereits vor längerer Zeit erfolgte, so wurde die Versammlung vom Gründungscomité doch bis jetzt aus dem Grunde verschoben, weil es nicht angezeigt schien, den neuen Verein, der auf eine recht zahlreiche und allgemeine Theilnahme angewiesen ist, während der Sommermonate ins Leben treten zu lassen, wo ein großer Theil des Publicums außer der Stadt weilt und überhaupt das Vereinsleben gewissermaßen sistirt ist.

(Bei der Pettau Ausstellung) wurden die Drahtzeugnisse der Firma Emerich Mayer als „concurrentwüthig“ erkannt. Der Landeshauptmann von Steiermark in Begleitung mehrerer Landeswärtenträger besuchten die Ausstellung.

(Militärveränderung.) Uebersetzt wurde der Regimentsarzt zweiter Klasse Dr. Josef Uriel (Operateur), Assistent an der medicinisch-chirurgischen Josephs-Akademie in Wien, zum Garnisons-Spitale Nr. 8 in Laibach.

(Der constitutionelle Verein in Laibach) hat seinen Bericht für das zweite und dritte Vereins-

jahr (1869-1870) der Öffentlichkeit übergeben. Der Bericht umfaßt 30 Octavseiten Text und enthält die Einleitung, die beiden Vereinsberichte, die beiden Ansprachen der Obmänner bei den zwei letzten Generalversammlungen, endlich zwei Jahresrechnungsablässe. In den Ansprachen wird das constitutionelle Princip mit kräftigen Worten zur neuerlichen Anschauung gebracht, das Wirken des Vereins klar dargestellt, und die Rechnungsablässe constatiren eine sparsame Gebarung mit den Vereinsgeldern.

(Gesunden) wurde Sonntag Nachts in der Bahnhofgasse ein Frauenplaid. Derselbe kann gegen Erstattung der Injectionsgebühr im Hause Nr. 125 der genannten Gasse abgeholt werden.

(Aus dem Amtsblatte.) Am Rudolfswerther Staats-Real- und Obergymnasium werden die Aufnahme- und Wiederholungsprüfungen am 2. und 3. October abgehalten. Der Unterricht beginnt am 5. t. M.

(Vom Blitze getödtet.) Gestern Vormittag gegen 9 Uhr, während eines starken Gewitters, das sich zum Theile auch über Laibach entlud, wurden in der Nähe bei St. Jakob gegen Salach zu einige Personen und ein Wagen mit zwei Pferden über die Sade gefetzt. Plötzlich flammte ein Blitz hernieder mitten in die Nähe; zwei der darin Befindlichen wurden getödtet, die übrigen vier erwachten nach langer Zeit aus schwerer Betäubung. Glücklicher und merkwürdiger Weise waren die Pferde ruhig und die Fährte unbeschädigt geblieben, so daß nach erlangtem Bewußtsein die vier Geretteten sich in Sicherheit bringen konnten. Der eine der Getödteten hinterläßt vier unmündige Kinder, der zweite war einer der Fährleute.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Die delicate Heilmahrung Revalesciere du Barry befeitigt alle Krankheiten, die der Medicin widerstehen; nämlich Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Diarrhöen, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Fieber, Schwindel, Blutausfließen, Ohrendrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst in der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin getrotzt.

Certificat Nr. 68471.

Prunetto (bei Mondovi), den 26. October 1869.
Mein Herr! Ich kann Sie versichern, daß seit ich von der wunderbaren Revalesciere du Barry Gebrauch machte, das heißt seit zwei Jahren, fühle ich die Beschwerden meines Alters nicht mehr, noch die Last meiner 84 Jahre. Meine Beine sind wieder schlaue geworden; mein Gesicht ist so gut, daß ich keiner Brille bedarf; mein Magen ist stark, als wäre ich 30 Jahre alt. Kurz, ich fühle mich verjüngt; ich predige, ich höre Beichte, ich besuche Kranke, ich mache ziemlich lange Reisen zu Fuß, ich fühle meinen Verstand klar und mein Gedächtniß frisch. Ich ersuche Sie, diese Erklärung zu veröffentlichen, wo und wie Sie es wünschen. Ihr ganz ergebener

Abbe Peter Castelli,
Bach.-es-Theol. und Pfarrer zu Prunetto, Kreis Mondovi.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Bleibbüchsen von 1/2 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolatée in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Mayer, in Marburg J. Kollert, in Klagenfurt B. Birnbacher, in Graz Gebrüder Oberranzmayer, in Innsbruck Dieckl & Franz, in Linz Hafelmayer, in Pest Török, in Prag J. Färst, in Brünn F. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)
Graz, 28. September. Seidel beantragt eine Aenderung der Geschäftsordnung, gestattend, an die Verantwortung jeder Interpellation Debatte zu knüpfen.

Brünn, 28. September. Der Landtag ist durch Statthaltereizuschrift zur baldigen Reichsrathswahlvornahme eingeladen.

Lemberg, 28. September. Pawlikow und Genossen interpelliren, weshalb kein Nationalitäten-Gesetz und keine Wahlordnungsänderung im Sinne nationaler Gleichberechtigung eingebracht, ob und wann die Regierung diesbezügliche Anträge einzubringen gedenke.

München, 28. September. Die Gesandten Baierns in Paris, London, Darmstadt, Karlsruhe, Brüssel wurden abberufen und in zeitlichen Ruhestand versetzt.

Pest, 27. September. Das Oberhaus nahm den Gesetzentwurf über die Anleihe und den Nachtragsschuld des Justizministeriums an.

Aus Waizen wird berichtet: „Die Manöver bei Maggorod sind beendet. Die Truppen sind heute eingetroffen. Zur Hofstafel in Joth sind die Corps-Commandanten und viele Stabs-officiere geladen. Der Kaiser wird Abends nach Wien reisen.“

Aus München meldet die neueste Post: Der Landtag wurde durch den Prinzen Luitpold ohne Thronrede eröffnet.

London, 27. September. Die Nachrichten über den Gesundheitszustand der Königin werden immer trüber. Heute verlautet in diplomatischen Kreisen, der Premier Gladstone sei von den Ärzten der Königin nach Balmoral gerufen worden; sie habe darauf bestanden, ihre leztwilligen Verfügungen zu treffen.

Ein Telegramm meldet aus London: Im Befinden der Königin ist keine Besserung eingetreten.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 28. September.

5perc. Metalliques 58.35. — 5perc. Metalliques mit Mai und November-Zinsen 58.35. — 5perc. National-Anleihen 68.75. — 1860er Staats-Anleihen 98.70. — Bank-Aktien 766. — Credit-Aktien 291.80. — London 119. — Silber 119. — R. t. Münz-Ducaten 5.67. — Napoleond'or 9.50 1/2.

Angekommene Fremde.

Am 27. September.

Elefant. Se. Excellenz Baron Scholl, General, t. l. Landesverteidigungs-Minister, Wien. — Se. Excellenz von John, t. l. J. M. V. Wien. — Dorn, t. l. Hauptmann, Wien. — Sambor, t. l. Oberlieutenant, Wien. — Müller, t. l. Oberlieutenant-Adjutant, Wien. — Dostal, t. l. Inspector, Wien. — Baumüller, Ingenieur, Wien. — Stofert, Ingenieur, Wien. — Knips, Kaufm., Wien. — Nally, Kaplan, Adelsberg. — Roman, Portoré. — Dobrin, Kaufm., Graz. — Kubisinal, Ingenieur, Krainburg. — Pessi, Handelsm., Fiume. — Pollak, Cooperator, Graz. — Kapus, Private, Gili.

Stadt Wien. Karples, Kaufmann, Wien. — Morpurgo, Privat, Triest. — Vinicio, t. l. Schiffslieutenant, Pola. — Schaffer, t. l. Oberst, Graz. — Watter, t. l. Major, Graz. — Reiter, Director, Triest. — Pogacnik, Postdirector, Triest. — Graf Lichtenberg, Unterhain. — Langer, Wien. — Mostis, Kaufm., Belgrad.

Mohren. Werner, Student, Bettan. — Grün, Student, Bettan. — Kofner, Handelsm., Görz. — Sirk, Jurist, Graz. — Kovacic, Handelsm., St. Lucia bei Görz. — Hribar, Agentens-Gattin, Obersteiermark. — Pinof, Triest.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

September	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
28.	6 U. Mg.	729.47	+15.3	windstill	trübe	17.30
28.	2 „ N.	730.83	+19.7	windstill	f. ganz bew.	Regen
10 „	Ab.	730.77	+15.0	windstill	3. Hälfte bew.	

In aller Früh Regen. Um 8 Uhr finstere Gewölke, eilige Blitze. Vormittags starke Gasse. Nachmittags abwechselnd Regen. Gegen Abend theilweise Aufbesserung. Nach 10 Uhr ganz sternhell. Das Tagesmittel der Wärme +16.7°, um 2.9° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 27. September. Ungeachtet höherer auswärtiger Notirungen verkehrte die Börse in matter Haltung, da Geld wieder knapper wurde. Am wenigsten beeinflusst zeigten sich Tramway, die Vormittags bis 217 gingen, während Unionbank von ihrer gestrigen Schlussnotiz circa 3 fl. verlor. Von Bahneffecten waren Lemberg-Gzerndorfer bis 173 1/2 begehrt. Papierrente notirte schwächer, desgleichen Staatslose. Doch verwohlfühlten sich auch Devisen und Comptanten.

A. Allgemeine Staatsschuld.			Wiener Communalanleihen, rück- Geld Waare			Franz-Josephs-Bahn			Siebenb. Bahn in Silber verz.		
für 100 fl.			zahlbar 5 pCt. für 100 fl.			207 50 208 —			Geld Waare		
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.			D. Actien von Bankinstituten.			Lemberg-Gzerndorfer-Bahn			Staatsb. G. 3% a 500 fr. „l. Em. 138. —		
in Noten verzinst. Mai-November 58.50 58.60			Anglo-östr. Bank 256 80 257 —			Dessler. Nordwestbahn 219.75 220.25			Südb. G. 3% a 500 fr. pr. Stüd 109 — 109 20		
" Silber " Februar-August 58.50 58.60			Bankverein 221 — 223 —			Rudolfs-Bahn 161.25 161.75			Südb.-G. a 200 fl. 3. 5% für 100 fl. 90.50 90.75		
" " Jänner-Juli 68.80 68.90			Boden-Creditanstalt 293 50 293 70			Staatsbahn 381 — 382 —			Südb.-Bons 6% (1870-74) 238 —		
" " April-October 68.95 69.05			Creditanstalt f. Handel u. Gew. 113 — 113 50			Südbahn 193 30 193 50			a 500 fr. pr. Stüd 85 — 85 20		
Lose v. J. 1839 292 — 293 —			Escompte-Gesellschaft, n. d. 931 — 934 —			Südb.-nordb. Verbind. Bahn 175.50 176 —			Ung. Odbahn für 100 fl. 85 — 85 20		
" " 1854 (4 %) zu 250 fl. 91.50 92 —			Franco-östr. Bank 121.40 121.60			Theiß-Bahn 245.75 246.50			Creditanstalt f. Handel u. Gew. 187 — 187 50		
" " 1860 zu 500 fl. 99.20 99.40			Generalbank 150.50 151 —			Ungarische Nordostbahn 160.75 161.25			Rudolfs-Stiftung zu 10 fl. 14.50 15.50		
" " 1860 zu 100 fl. 113 25 113.75			Handelsbank 769 — 771 —			Ungarische Odbahn 114.75 115.25			Wechsel (3 Mon.) Geld Waare		
" " 1864 zu 100 fl. 137.75 138.25			Nationalbank 260.30 260.60			Tramway 215.25 215.50			Augsburg für 100 fl. südb. W. 101 55 101 65		
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. d. W. in Silber 123.25 123.75			Unionbank 116 — 116.50			Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt 106.75 107 —			Frankfurt a. M. 100 fl. detto 101.70 101.80		
B. Grundentlastungs-Obligationen.			Bereinsbank 183 — 184 —			dts. in 33 J. rückz. zu 5 pCt. in Silber 86.75 87.25			Hamburg, für 100 Mark Banco 88 40 88 50		
für 100 fl. Geld Waare			E. Actien von Transportunternehmungen.			Nationalalb. zu 5 pCt. d. W. 89.30 89 50			London, für 10 Pfund Sterling 119.15 119.25		
Böhmen zu 5 pCt. 96 — 97 —			Alföld-Gymaner Bahn 180.50 181 —			Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt. 88.25 89 —			Paris, für 100 Francs 46 60 46 70		
Sachsen " 5 " 75.50 76 —			Böhm. Westbahn 259.25 259 50			G. Prioritätsobligationen.			Course der Geldsorten		
Nieder-Österreich " 5 " 97 — 98 —			Carl-Ludwig-Bahn 234.75 235.25			Elis.-Westb. in S. verz. (l. Emiff.) 94 75 95 25			R. Münz-Ducaten . . 5 fl. 70 tr. 5 fl. 72 fr.		
Ober-Österreich " 5 " 94.50 95 —			Elisabeth-Westbahn (Lin. = Bud- 203 — 203 50			Napoleonsd'or . . . 9 " 52 1/2 " 9 " 53 1/2 "			Preuß. Cassenscheine . 1 " 79 1/2 " 1 " 80 1/2 "		
Siebenbürgen " 5 " 76 30 76.60			weiser Strecke) 2110 — 2115 —			Silber 119 " 50 " 120 " — "			Krainische Grundentlastungs-Obligationen. Pri-		
Sizilien " 5 " 92 — 93 —			Herzogs-Nordbahn 173 — 173 50			sarnatung Geld — Waare.					
Ungarn " 5 " 79.80 80.30											
C. Andere öffentliche Anleihen.											
Donau-Regulirungslose zu 5 pCt. 96 — 96.50											
Ung. Eisenbahnanleihen zu 120 fl. d. W. Silber 5% pr. Stüd 109 — 109.50											
Ung. Prämienanleihen zu 100 fl. d. W. (75 fl. Einzahl.) pr. Stüd 99.20 99.40											